

Der Landbote

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

THEMA: WINTERTHUR UND UMGEBUNG

Vormittag
10°
Nachmittag
20°
WETTER SEITE 16

Diego Benaglio
Die langjährige Nummer 1 überrascht mit dem Rücktritt aus dem Nationalteam. **SEITE 27**



Neues Stück Stadt
Am Freitag und Samstag wird in Zürich die Genossenschaftssiedlung Kalkbreite eröffnet. **SEITE 18**

Ebolaepidemie
Die Familie Toggenburger aus Elsau will trotz der gefährlichen Krankheit in Guinea bleiben. **SEITE 7**

Schuldspruch im Pilotprozess

WINTERTHUR Der 28-Jährige, der an einer unbewilligten Nachdemonstration teilnahm, unterliegt vor Gericht: Er wird verurteilt, aber zu einer tieferen Busse als zuerst veranschlagt.

Das Bezirksgericht Winterthur hat gestern den 28-Jährigen verurteilt, der einen Strafbefehl wegen Teilnahme an der unbewilligten Nachdemonstration zur «Standortfucker»-Demo erhielt und dagegen Einspruch erhob. Er muss nun 100 statt der im Strafbefehl veranschlagten 300 Franken Busse bezahlen, weil er bereits eine Busse für die «Standortfucker»-Demo in Höhe von 400 Franken akzeptiert hat. Der Winterthurer muss aber für Gerichts- und Verfahrenskosten von 1880 Franken aufkommen.

Mindestens 15 weitere Fälle

Der Richter liess die Argumentation des Anwaltes nicht gelten, wonach die am 19. Oktober 2013 heimlich erstellten Video- und Fotoaufnahmen als Beweismittel illegal waren. Die gesetzliche Grundlage dafür sei ausreichend gewesen. Der Anwalt des Angeklagten will nun Berufung anmelden, um die schriftliche Begründung zu erhalten. Er vertritt 15 weitere Personen, die nach der Teilnahme an der friedlichen, aber unbewilligten Nachdemonstration ebenfalls einen Strafbefehl erhielten und Einsprache erhoben. Das Urteil dürfte für diese folgenden Verhandlungen richtungweisend sein.

Zum Prozess haben sich vor dem Gebäude gegen 60 Personen versammelt, die sich mit dem Be-

schuldigten solidarisierten und gegen «die zunehmende Repression» protestierten. Die Stadtpolizei war rund ums Gerichtsgebäude präsent.

Die Winterthurer Polizeivorsteherin Barbara Günthard-Maier (FDP) will das Urteil nicht kommentieren. Sie verweist auf die Gewaltenteilung. Dass die Polizei die Teilnahme an der Nachdemonstration überhaupt zur Anzeige brachte und damit ein Verfahren auslöste, verteidigt

sie: «Aufgabe der Polizei ist es, die Gesetze anzuwenden.» Ein Verzicht auf die Bussen wäre, wenngleich möglich, nicht im Ermessen der Stadtpolizei gelegen. Günthard-Maier glaubt nicht, dass die Gespräche mit einzelnen Vertretern der Protestszene durch das gestrige Urteil belastet

werden. «Wir haben vereinbart, die Ereignisse rund um die Demonstration aus dem Dialog herauszuhalten, um unbelastet nach vorne zu schauen.» Über die Signalwirkung, die das gestrige Verfahren auf weitere Kreise hat, wolle sie keine Vermutungen anstellen. *ea, mcl, jlg* **SEITE 3**



Vor dem Prozess: Zahlreiche Sympathisanten des Beschuldigten haben sich gestern vor dem Bezirksgericht Winterthur versammelt.

Michele Limina

Kommentar



Thomas Möckli
Blattmacher

Die Chance zum Dialog vertan

Die Verurteilung eines Teilnehmers einer unbewilligten, aber friedlichen Kundgebung mag juristisch Hand und Fuss haben. Ihr Auslöser, die vorgängige Verzeigung durch die Polizei, jedoch erscheint im Licht einer politisch gewollten Aussöhnung unklug.

Nach den Scharmützeln vom letzten September betonte die Polizeivorsteherin die Notwendigkeit, die «Winterthurer Kultur des Dialogs wieder herzustellen». Demonstranten wie Polizisten schienen diesem Aufruf mit zwei friedlichen Nachdemos quasi auf dem Fuss zu folgen: Als die Demonstranten wieder die Hand erhoben, taten sie es zwar erneut unbewilligt, aber ohne Gewalt und Sachbeschädigungen. Die Polizei beobachtete die Kundgebung im Graben nur noch in Zivil statt in bewaffneter Hundertschaft. Und im Anschlag hatte sie «nur» eine Videokamera statt ein Gummischrotgewehr.

Im Nachhinein aber verzeigten die Ordnungshüter die per Video identifizierten Teilnehmer, obwohl diese nichts Schlimmeres begangen hatten, als unbewilligt ihre politischen Forderungen im öffentlichen Raum zu skandieren.

Der gewünschte Dialog, der seit letzten Spätherbst möglich schien, dürfte jetzt schwierig werden: Den Demonstranten und ihren Sympathisanten wird die Verzeigung und das darauf folgende Urteil als Akt einer repressiven Ordnungsmacht vorkommen. Und auch unbescholtene Staatsbürger dürften sich fragen, ob nicht auch sie gefilmt und verzeigt werden, wenn sie einmal unbewilligt öffentlich ihre Meinung kundtun. Ob die Behörden nur die Gesetze befolgten oder ein Exempel statuieren wollten – der Effekt dürfte derselbe bleiben: Dem Dialog mit den Unzufriedenen wurde der Boden entzogen.



9 771424 354000 4 0 0 3 4

Der Widerstand bröckelt

ZÜRICH Der Zürcher Stadtrat gibt seinen Widerstand gegen den geplanten provisorischen Modulbau im geschützten Park des Unispitals auf. Wie er gestern mitteilte, verzichtet er darauf, das Urteil des Baurekursgerichtes von Mitte Juli weiterzuziehen. Das Ge-

richt hatte den Rekurs des Kantons gegen die städtische Bauverweigerung gutgeheissen. Die Chancen stünden schlecht, dass die Stadt vor der nächsten Instanz, dem Verwaltungsgericht, recht erhalte, begründet der Sekretär des städtischen Hochbaudepartementes den Entscheid.

Damit ist für das 89-Millionen-Projekt das grösste Hindernis beseitigt. Rekursberechtigt ist allerdings auch der Zürcher Heimatschutz, dem das Projekt ebenfalls missfällt. Entschieden werde erst Anfang September, ob man das Urteil weiterziehe, sagte Präsident Thomas Müller auf Anfrage. Gemäss einer gut informierten Person bröckelt aber auch dort der Widerstand. Es sei eher mit einem Rekursverzicht zu rechnen, heisst es. Baudirektor Markus Kägi (SVP) und Martin Waser (SP), neuer Präsident des Spitalrates, begrüssen den Entscheid der Stadt. *tsc* **SEITE 17**

Baufirma zieht nach Oberi

WINTERTHUR Die Bau- und Holzbaufirma Baltensperger AG verlegt ihren Standort von Seuzach nach Oberwinterthur, wie gestern bekannt wurde. Das Unternehmen mit seinen rund 250 Mitarbeitern kauft zusammen mit der 3-Plan Haustechnik AG 12 500 Quadratmeter Land

der Stadt Winterthur beim Technorama und baut mehrere Werkhallen sowie Büroarbeitsplätze.

Die beiden Chefs der Familienfirma Baltensperger wohnen in Winterthur und sehen dem Umzug freudig entgegen. «In Seuzach hätten wir uns verkleinern müssen, und in Oberwinterthur ist die

Lage ideal», erklärt Beat Baltensperger den Umzug. Die höheren Steuern in Winterthur seien nicht so entscheidend. Stadtpräsident Michael Künzle freut sich über die neuen Arbeitsplätze und ein Plus bei den Steuereinnahmen. Weitere Firmen hätten Interesse an Land gezeigt. *mgm* **SEITE 5**

Bis 20 Uhr geöffnet

BERN Detailhändler sollen ihre Geschäfte künftig in der ganzen Schweiz unter der Woche bis mindestens 20 Uhr und am Samstag bis 19 Uhr offen halten dürfen. Der Bundesrat hält trotz Kritik in einer Studie die Geschäftsberichte 2013 von 94 Schweizer Privatbanken analysiert. *pag* **SEITE 17**

Banken leiden

ZÜRICH Zahlreiche Schweizer Privatbanken sind ins Trudeln geraten. Das hat unter anderem mit der Wirtschaftskrise und dem US-Steuerstreit zu tun. Das Beratungsunternehmen KPMG hat in einer Studie die Geschäftsberichte 2013 von 94 Schweizer Privatbanken analysiert. *pag* **SEITE 17**

Kutsche angefahren

WILDBERG Ein Postauto, ein Pferdegespann und ein Personenauto waren am Mittwoch in Wildberg in einen schweren Verkehrsunfall verwickelt. Dabei wurden zwei Personen verletzt, eine davon schwer. Das Pferd musste vor Ort von einer Tierärztin eingeschläfert werden. *rt* **SEITE 9**

ANZEIGE
mietauto.ch
winterthur 052 202 33 33
...auch mit Hebebühne
Viel Platz, Kleiner Preis...
...für Ihren Transport
...Lieferwagen
in jeder Grösse zum Mieten
Personen-, Lieferwagen & Kleinbusse
Auwiesenstrasse 55, 8406 Winterthur, 052 202 33 33